

Bianca van Wijnen, Vorsitzende der Fraktion BAVC/HDE

„Ein Hausarzt in Deutschland hat im Schnitt 250 Patient:innenkontakte pro Woche. In Schweden sind es gerade einmal 50. Und das sogar bei einer höheren Lebenserwartung als in Deutschland. Aber auch Fachärzte oder Notaufnahmen in Krankenhäusern besuchen die Deutschen überdurchschnittlich häufig.

Klar ist, das deutsche Gesundheitssystem ist teuer und ineffizient, und so scheinen regelmäßige Erhöhungen des Zusatzbeitrags unvermeidbar zu sein. Wir möchte allerdings davor warnen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Auswirkungen auf Arbeitgeber und Versicherte mit kleinen Einkommen zu unterschätzen. Dies erhöht die finanzielle Belastung für diese Gruppe und verschärft ihre wirtschaftlichen Herausforderungen. Zusätzliche finanzielle Belastungen können sich schließlich auch negativ auf ihre Lebensqualität und Gesundheit auswirken.

Darüber hinaus trifft diese Erhöhung auch die Arbeitgeber, die bereits eine erhebliche Last durch Sozialabgaben tragen und in der heutigen Zeit oft mit knappen Budgets und engen Margen kämpfen. Ein höherer Zusatzbeitrag kann dazu führen, dass Unternehmen gezwungen sind, Personalentscheidungen zu überdenken, Investitionen zu reduzieren oder sogar die Preise für ihre Produkte und Dienstleistungen zu erhöhen, was letztendlich auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beeinträchtigen kann.

Weiterer Reformbedarf besteht bei der Verteilung der Gelder aus dem Gesundheitsfonds. Die hohen Kosten der Pflegebedürftigen werden nicht ausreichend gedeckt. Weder für die Leistungen noch für den erhöhten Verwaltungsaufwand. Mit der Resolution wird das Thema adressiert.

Welche Lösungsansätze bestehen, um die steigenden Kosten der GKV in den Griff zu bekommen? Ein Ansatz für eine bessere ambulante Versorgungssteuerung ist die hausarztzentrierte Versorgung (HZV). Hierbei kommt dem Hausarzt eine zentrale Rolle in der Betreuung und Koordination der medizinischen Versorgung eines Patienten zu, was erwiesenermaßen zu einer qualitativ besseren Versorgung der Patient:innen und einer Kostenreduktion führt. Zum Beispiel erleiden Patient:innen mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes oder Herzinsuffizienz weniger Folgeerkrankungen oder Krankenhauseinweisungen. Ein weiterer Vorschlag ist die Einführung von Präventionsabgaben auf nachgewiesenermaßen schädliche Substanzen, die der GKV zweckgebunden zufließen sollen. Auch werden

verschiedene Tarif- und Versorgungsmodelle mit und ohne Beschränkung der Arztwahl zur Diskussion gestellt.

Die Wahlprogramme der politischen Parteien zeigen für die Kranken- und Pflegeversicherung unterschiedliche Lösungsansätze auf. Das bedeutet, dass es sehr unterschiedliche Vorstellungen zur Bewältigung der Unterfinanzierung gibt und in Koalitionsverhandlungen Kompromisse gefunden werden müssen. Das war in der jüngeren Vergangenheit nicht erfolgreich.

Unser Fazit ist ein gemeinsamer Appell an die politischen Entscheidungsträger. Es muss dringend etwas passieren, um die Kosten für die gesetzliche Krankenversicherung in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die Qualität der Gesundheitsversorgung auf einem hohen Niveau zu bringen. Nur durch sinnvolle Reformen und innovative Ansätze können wir sicherstellen, dass unser Gesundheitssystem effizienter wird und gleichzeitig für alle bezahlbar bleibt.

Auch wir möchten uns bedanken, dass wir gemeinsam ein herausforderndes Jahr gemeistert haben und wünschen allen jetzt schon mal einen schönen Jahresausklang.“